

TIBET IM 2. HALBJAHR 2015

Hardliner drücken Tibet-Politik ihren Stempel auf

Zwischen Mai und August fand eine ganze Reihe von Sitzungen innerhalb der chinesischen Führung statt, die auf erhebliche Besorgnis über die Lage in Tibet hinweisen könnten. Gleichzeitig deuten die Stellungnahmen darauf hin, dass in der Tibet-Politik die Hardliner die Oberhand haben. Das Paket von Dokumenten und Maßnahmen zeigt den Willen der Regierung, durch die Reglementierung auch der letzten Winkel des weltlichen und religiösen Lebens die Kontrolle über Tibet zu verstärken.

Bereits im April 2015 hatte die Zentralregierung ein weiteres „Weißbuch“ über Tibet veröffentlicht, das den Dalai Lama in ungewöhnlich scharfem Ton attackierte. China hat mit diesem Exemplar mehr „Weißbücher“ über Tibet publiziert als über Xinjiang, Hong Kong, Taiwan und die Innere Mongolei zusammen. Die verbalen Angriffe wiederholten sich Ende August nochmals in einer Stellungnahme der „United Front“, der für Chinas „Minderheiten“ und im Ausland lebenden Staatsbürger zuständigen Organisation. „Weder in der Vergangenheit, noch heute, noch in der Zukunft“ würde der Mittlere Weg akzeptiert.

Im Mai wurde in einer Sitzung des Politbüros die Stellung der United Front erheblich aufgewertet, indem es eine mit Spitzenfunktionären besetzte „Zentrale Führungsgruppe“ erhielt. Damit soll die Implementierung der politischen Richtlinien vor allem in Tibet gestärkt werden. Anfang Juli besuchte die Direktorin der United Front, Sun Chunlan, tibetische Regionen in Qinghai, Gansu und Sichuan. Während des Besuchs betonte sie, dass der tibetische Buddhismus den „Patriotismus fördern“ müsse. Buddhistische Lehren müssten sich „den zentralen Werten des Sozialismus anpassen“.

Ein weiterer Anlass im Juli, der mit „überregionalem Arbeitsforum über Tibet“ betitelt wurde, widmete sich der Koordinierung der behördlichen Kontrollmaßnahmen über alle von Tibetern bewohnten Regionen. Die Grenztruppen

der Autonomen Region Tibet gelobten bei einem Arbeitstreffen im Juli ständige Kampfbereitschaft entlang der 8000 Meilen langen Grenze. *International Campaign for Tibet (17. August 2015)*

Ebenfalls im Juli bestritt das Politbüro der Kommunistischen Partei ein weiteres Mal den Anspruch des Dalai Lama, seine nächste Reinkarnation zu bestimmen. Dass sich das Politbüro während der Börsenkrise in Shanghai mit diesem Thema befasst, deuten Beobachter als Zeichen deutlicher Nervosität angesichts der Erklärung des Dalai Lama, möglicherweise werde es keine 15. Inkarnation geben.

Ende August fand in Beijing das sogenannte 6. Arbeitsforum zu Tibet statt. Diese „Arbeitsforen“ sind Strategie-Meetings, die seit der Invasion im Jahr 1950 regelmäßig abgehalten werden. Das 6. Forum, an dem alle Politbüro-Mitglieder teilnahmen, wurde von Partei- und Staatspräsident Xi Jinping persönlich geleitet. Die abschließenden Stellungnahmen betonen in auffälliger Weise die Notwendigkeit, „Stabilität“ in Tibet herzustellen. Wenn dieser Ausdruck verwendet wird, ist dies in der Regel mit repressiven Maßnahmen von Polizei und paramilitärischen Truppen verbunden.

Ausdrücklich wird nicht nur die ‚Autonome Region Tibet‘ (TAR, Tibetan Autonomous Region) als Ziel der Maßnahmen genannt, sondern alle von Tibetern besiedelten Gebiete, die in chinesische Provinzen eingegliedert wurden; letzteres wahrscheinlich vor dem Hintergrund, dass sich die größte Zahl von Selbstverbrennungen und anderen Protesten eben in Regionen außerhalb der TAR ereigneten. Auffallend ist auch, dass im Gegensatz zum vorigen Forum diesmal nicht ausschließlich ökonomische Ziele definiert wurden, sondern auch politische Ziele gesetzt wurden.

Laut einer anonymen Quelle soll Xi Jinping bei diesem Meeting gesagt haben, dass China die Periode des nächsten Dalai Lama bestimmen werde, wenn aber alles nicht so laufen würde wie geplant, könne man auch „korrigierende Maßnahmen“ ergreifen.

In der offiziellen Stellungnahme werden folgende Maßnahmen für Tibet definiert:

- verstärkte Bemühungen zur Förderung des Wirtschaftswachstums und des „sozialen Fortschritts“,
- Verbesserung der lokalen Infrastruktur,
- Beibehaltung der finanziellen und steuerlichen Anreize für Investoren,
- Verbesserung der Lebensbedingungen und des „sozialen Zusammenhalts“,
- zielgerichtete Maßnahmen zur Verminderung von Armut und Lösung von „Schlüsselproblemen“,
- Anreize für Bauern und Nomaden, in den Städten eigene Betriebe zu eröffnen,
- Erziehung zu „sozialistischen Kernwerten“ in den Schulen,
- Förderung der Popularität des Hochchinesischen,
- Fördern der „Liebe zur Partei“ und solcher Personen, die für sozialistische Werte eintreten,
- Ausbau des Landes zu einer bedeutenden internationalen Tourismus-Destination.

(Press Trust of India, 27. August 2015, „Why the Sixth Forum on Tibet is held now?“ China Tibet Online, 26. August 2015)

Einen Eindruck davon, wie diese Ziele durchgesetzt werden sollen, gibt ein offizielles Regierungsdokument aus dem Bezirk Driru. Im Osten der ‚Autonomen Region Tibet‘ gelegen, gilt Driru, wo sich die Bewohner standhaft gegen alle Kampagnen und erzwungenen Loyalitätsbekundungen wehren, für die chinesische Regierung als eine Region in Tibet, die höchst problematisch ist. Das im September von der Bezirksregierung verabschiedete „Dokument 224“ definiert insgesamt 24 Maßnahmen, mit denen speziell das Leben in den Klöstern reglementiert werden soll.

So sollen alle finanziellen Transaktionen von religiösen Institutionen strikt kontrolliert werden. Das betrifft auch Zuwendungen an Dritte wie z.B. Spenden an Opfer von Naturkatastrophen oder Darlehen an Bedürftige. Politische Erziehung wird zum Pflichtfach, und Mönche und Nonnen müssen jeden Donnerstag an einer solchen Sitzung teilnehmen. Die Anerkennung von Reinkarnationen darf

nur durch die Regierung vorgenommen werden. Von allen Mönchen und Nonnen wird erwartet, dass sie im Kloster strikt die Regierungs- und Parteilinie vertreten. Klöster, in denen die festgelegte Obergrenze für Mönche und Nonnen nicht eingehalten wird, werden geschlossen. Neuaufnahmen sind für die nächsten vier Jahre ohnehin untersagt. Jegliche Reisen von Klosterangehörigen, selbst in die unmittelbare Nähe, müssen vorab genehmigt werden. Die Schlichtung bei Streitigkeiten unter der lokalen Bevölkerung, die traditionell von hoch angesehenen Lamas vorgenommen wurde, ist nicht mehr erlaubt. Detailliert werden Strafen für alle Regierungs- und Parteikader sowie Klosterverwaltungen aufgezählt, falls sie diese Bestimmungen nicht strikt durchsetzen. Selbst Familienangehörige von fehlbaren Kadern können bestraft werden.

Im November 2015 ging der lokale Parteivorsitzende in Tibet, Chen Quanguo, noch einen Schritt weiter und kündigte an, man werde nun auch gegen Partei- und Regierungskader vorgehen, die „zwei Gesichter“ zeigten. Gemeint sind solche, die vorgeben, sie seien nicht religiös, aber im Verborgenen doch ihre Religion praktizieren und der „Clique“ des 14. Dalai Lama folgen, indem sie zum Beispiel ihre Kinder oder Verwandte zur Ausbildung nach Indien schicken. Es seien bereits 19 derartige Fälle aufgedeckt und 20 Kader bestraft worden.

Ebenfalls im November kündigte die Lokalregierung von Nangqian an, dass in den insgesamt 103 Klöstern des Bezirks Regierungskader stationiert werden, die den „Lebensstandard“ der Mönche verbessern und gleichzeitig „negative Einflüsse von separatistischen Ideen“ abwehren sollen. Offiziell sollen die Kader den oft abgelegenen Klöstern bei der Verbesserung der lokalen Infrastruktur helfen und ihnen lange Reisen zur Bezirksregierung abnehmen, aber auch „ideologische, moralische und juristische Erziehung“ leisten. (*Asia Pacific*, 11. November 2015; *Global Times*, 26. November 2015)

Proteste nach mysteriösem Tod von Tenzin Delek



Im Juli verstarb unter mysteriösen Umständen der angesehene Tenzin Delek Rinpoche in einem Hochsicherheitsgefängnis in der chinesischen Provinz Sichuan. Tenzin Delek war wegen angeblicher Beteiligung an einem Bombenanschlag in Chengdu vom 3. April 2002 verhaftet worden. Nach 8 Monaten Isolationshaft verurteilte ihn ein Gericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Rechtsbeistand zusammen mit seinem Neffen Lobsang Dhondup zum Tode. Während Lobsang Dhondup sofort hingerichtet wurde, erhielt Tenzin Delek einen Aufschub für 2 Jahre; später wurde die Todesstrafe auf internationalen Druck in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt.

Tenzin Delek, der für sein soziales Engagement weit über seine Heimatprovinz hinaus bekannt war, hatte stets seine Beteiligung an dem Bombenanschlag bestritten. Während der 13 Jahre in Haft war er völlig isoliert und konnte seine Verwandten insgesamt nur sieben Mal sehen zuletzt im November 2013, und das nur für jeweils 30 Minuten unter strenger Aufsicht des Gefängnispersonals. Tenzin

Delek soll in den letzten Jahren nur noch an Stöcken gelaufen sein, weil er durch die Misshandlungen in der Haft Beinverletzungen erlitten hatte und zudem schwer herzkrank war.

Anfang Juli wurden seine beiden Schwestern über eine Verschlechterung seines Zustandes informiert und nach Chengdu gerufen. In der Provinzhauptstadt mussten sie in einem Gästehaus für zehn Tage warten, ohne zu ihm gelassen zu werden. Schließlich wurden sie über seinen Tod informiert, durften aber seinen Leichnam erst nach langem Drängen sehen. Verfärbungen im Gesicht und an den Händen nährten Spekulationen, er sei vergiftet worden. Trotz Protesten wurde die Kremation noch im Gefängnis durchgeführt und seine Schwestern mehrere Tage inhaftiert, weil sie eine unabhängige Untersuchung forderten. Schließlich wurde die Urne zum Transport in sein Heimatkloster in der Provinz Nyagchuka freigegeben. Als die Begleiter auf halbem Wege in einem Gästehaus Rast einlegten, wurde die Urne nachts von der Polizei konfisziert und ist seitdem verschwunden. Den protestierenden Begleitern drohten die Polizisten sogar, die Asche in den nächsten Fluss zu werfen.

Als dieser Fall im November vor dem UN-Komitee gegen Folter diskutiert wurde, gab die chinesische Delegation zu Protokoll, nach dem Tod von Tenzin Delek sei „im Einvernehmen mit der Familie und gemäß geltenden Gesetzen“ verfahren worden. Im Übrigen gebe es in Tibet weder politisch motivierte Verhaftungen noch Diskriminierung. Alle diesbezüglichen Anschuldigungen basierten auf „nicht verifizierbaren Quellen“.

Allen Restriktionen zum Trotz kam es kurz nach dem Bekanntwerden seines Todes zu Protesten, an denen bis zu 1000 Tibeter teilnahmen. Am 49. Tag nach seinem Tod, dem Ende des Bardo-Zustands, versammelten sich wiederum zahlreiche Tibeter an verschiedenen Orten in Tibet und hielten Zeremonien für eine glückliche Wiedergeburt ab. (*RFA*, 13. Juli und 2. September 2015; *Phayul* 14. Juli und 22. Juli 2015; *ICT* 18. November 2015)

Solo-Demonstrationen statt Selbstverbrennung: eine neue Form des Protests?

Eine neue Form des Protests, die möglicherweise an Stelle der Selbstverbrennungen treten, ist seit Juli in Tibet zu verzeichnen. Insgesamt mindestens neun dieser Proteste haben sich in der Unruhe-region Ngaba ereignet. Trotz der massiven Präsenz von Sicherheitskräften und tiefgreifenden Kontrollen im Alltag gelang es Tibeterinnen und Tibetern, jeweils über die Hauptstraße zu laufen, Bilder des Dalai Lama zu zeigen und Parolen für die Freiheit in Tibet und die Rückkehr des Dalai Lama zu rufen. Alle wurden jeweils nach wenigen Minuten festgenommen und müssen mit Gefängnisstrafen und möglicherweise Folter rechnen. Unter den Protestierenden befinden sich fünf Frauen im Alter zwischen 20 und über 60 Jahren sowie ein 15-jähriger Mönch und ein 31-jähriger Vater von vier Kindern.

Auch Tibeterinnen und Tibeter, die zufällig Zeugen der Verhaftungen wurden und dagegen protestierten, wurden festgenommen. Obwohl die ohnehin schon scharf kontrollierten Kommunikationskanäle nach Ngaba zeitweise völlig unterbunden wurden, gelangten dennoch Fotos und kurze Videoaufnahmen in das Ausland. Eine Zusammenfassung der Ereignisse ist bei International Campaign for Tibet zu finden unter:

<http://tinyurl.com/jjbpro2>

Chinas Panchen Lama soll sich vom Dalai Lama distanzieren

Anlässlich des 20. Jahrestages der Einsetzung des „chinesischen“ Panchen Lama Anfang Dezember 2015 forderte ihn der lokale Vorsitzende der Kommunistischen Partei in Tibet, Chen Quanguo, bei einem Treffen auf, sich explizit vom Dalai Lama zu distanzieren. Er hoffe, der Panchen Lama werde „unbeirrbar mit

der Partei marschieren und die nationale Einheit sichern.“ Er möge „entschlossen eine klare Linie gegenüber dem Dalai Lama ziehen und alle subversiven separatistischen Aktivitäten zurückweisen“.

Der vom Dalai Lama anerkannte Panchen Lama verschwand 1995 wenige Tage nach seiner Identifikation als sechsjähriger Junge mitsamt seiner Familie spurlos, lebt angeblich an einem unbekanntem Ort und möchte nach regierungsoffizieller Sprachregelung „nicht gestört werden“.

Im Mai hatte sich der Panchen Lama mit einer ungewöhnlich kritischen Stellungnahme zu Wort gemeldet: er beklagte die immer kleiner werdende Zahl von Mönchen und fürchtete, der tibetische Buddhismus könnte bald nur noch „auf dem Papier existieren“. Für diese Äußerung wurde er bei einem Treffen mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping gerügt. *Reuters*, 8. Dezember 2015

Mahnungen an China – nur Großbritannien schert sich nicht um Menschenrechte

Während der 29. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf im Juni 2015 drückten sowohl die USA als auch die Schweiz und mehrere EU-Mitgliedsstaaten ihre Besorgnis über die Menschenrechtssituation in China aus. Der US-Gesandte kritisierte explizit die zunehmende Zahl von Verhaftungen und das Verschwindenlassen von Personen in Tibet und im mehrheitlich von Uiguren bewohnten Xinjiang und forderte China auf, eine Reihe namentlich genannter Menschenrechtler freizulassen. In gleichem Sinne äußerten sich auch die Gesandten von Tschechien, Litauen, der Schweiz und Deutschland. Der deutsche Gesandte fügte Kritik über die Behinderung der Arbeit von NGOs hinzu und ermahnte China, die Freiheit der Meinungsäußerung speziell während des 80. Geburtstag des Dalai Lama zu respektieren. China machte von seinem Recht

auf Entgegnung Gebrauch, um jegliche Kritik vom Tisch zu wischen. Die Vorwürfe seien grundlos, und die anderen Länder sollten sich besser um ihre eigenen Probleme kümmern. (*Tibet Post International*, 24. Juni 2015)

Im Juni ermahnte der derzeitige polnische EU-Ratspräsident, Donald Tusk, seinen chinesischen Amtskollegen Li Keqiang während des 17. Gipfeltreffens zwischen EU und China, die Menschenrechte in Tibet zu respektieren und wieder einen substanziellen Dialog mit den Repräsentanten des Dalai Lama aufzunehmen. (*Tibet Post International*, 30. Juni 2015)

Viel schärfere Worte der Kritik wählte das Exekutivkomitee des US-Kongresses für China in seinem Jahresbericht für 2015. Der 336 Seiten lange Bericht, der unter www.cecc.gov heruntergeladen werden kann, analysiert insgesamt 19 Themenbereiche zu Menschenrechten in China und beklagt eine „zunehmende Verschlechterung“. Speziell angesprochen werden die zunehmende Gewalt gegen Uiguren in Xinjiang und die verschärften Maßnahmen zur Kontrolle des tibetischen Buddhismus. *Central Tibetan Administration*, 12. Oktober 2015

Kurz darauf veröffentlichte US-Außenminister John Kerry den Jahresbericht für 2014 über Internationale Religionsfreiheit. Im Kapitel über Tibet heißt es: „Die Behörden beschränkten die Religionsfreiheit umfassend und mischten sich massiv in die Religionsausübung besonders der tibetischen Klöster ein.“ Der Teil über Tibet, der in vollem Wortlaut unter <http://tinyurl.com/oymxlo9> zugänglich ist, geht sehr detailliert auf Themenbereiche ein wie die Einschränkungen der Reisefreiheit von Mönchen und Nonnen, das Nichtgewähren von Reisepässen und den Anspruch der Regierung, Wiedergeburten zu genehmigen. (*ICT*, 16. Oktober 2015)

Gänzlich unberührt von aller Kritik an China machten die britische Regierung und das Königshaus dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und seiner Delegation beim Staatsbesuch im

Oktober 2015 den Hof. Selbst westliche Diplomaten äußerten sich entsetzt über das Maß der Anbiederung an China. Während die staatlich kontrollierten chinesischen Medien den Besuch feierten und alle Ehrbezeugungen der Queen ausführlich publizierten, fasste die *Die Welt* die Medienkritik zusammen: „Die ‚Times‘ veröffentlichte eine Karikatur, die den chinesischen Präsidenten zeigt, wie er das Flugzeug nach China über eine Treppe buckelnder Briten besteigt. Bei den Bücklingen handelt sich um David Cameron, den Schatzkanzler George Osborne, Prinz Philipp und die Queen. [...] Die ‚Times‘ legte nach mit der Zeichnung einer Souvenirtasse, auf der Xi unter dem Logo ‚Großer britischer Ausverkauf‘ eine Krone trägt. Daneben hocken Cameron und Schatzkanzler George Osborne als lechzende Hündchen. Das Adjektiv ‚verbeerend‘ wäre für dieses Medienecho ein Euphemismus“.

Sie kommt zu dem Schluss: „Man wird den Verdacht nicht los, Cameron verfolge das außenpolitische Ziel, das Vereinigte Königreich in eine chinesische Kronkolonie zu verwandeln... Im Gegenzug bieten die Chinesen: fast nichts, außer der Aussicht, Großbritannien irgendwann vollständig aufzukaufen. Bis es so weit ist, wird das Vereinigte Königreich für seine Anstrengungen mit lyrischen Ergüssen der chinesischen Diplomatie entlobt... Großbritannien darf sich ab jetzt rühmen, von Xi als ‚globaler, umfassender strategischer Partner für das 21. Jahrhundert‘ genannt zu werden. Ein fairer Preis für den Verkauf der nationalen Souveränität.“

Während die von der chinesischen Botschaft via soziale Netzwerke organisierten jubelnden Auslandschinesen dem Staatspräsident nahe kommen durften, wurden tibetische und andere Demonst-

ranten sorgfältig außer Sichtweite gehalten. Ein chinesischer Dissident und zwei Tibeterrinnen, die doch in die Nähe des Autos von Xi Jinping kamen und jeweils friedlich protestierten, wurden umgehend verhaftet.

Besonders empörend war die Behandlung des chinesischen Dissidenten Shao Jiang, eines Überlebenden des Tiananmen-Massakers, der deswegen in China im Gefängnis saß. Während seine Frau ihn in der Haft besuchte, wurde ihre Wohnung durchsucht und sein Laptop mitsamt Datenträgern beschlagnahmt. Die britische Justiz rechtfertigte die unangemessenen Maßnahmen mit dem Verdacht auf eine „Verschwörung“.

Nicht besser erging es den Tibeterrinnen. Auch ihre Wohnungen wurden durchsucht und Computer, Datenträger und Mobiltelefone konfisziert. Britische Medien fragten verwundert, wie allein das Zeigen einer tibetischen Flagge auf der Strasse als „Verschwörung“ angesehen werden könne.

(*Die Welt*, 26. Oktober 2015, *Evening Standard*, 30. Oktober 2015)

Das Thema „Tibet – der dritte Pol“ auf dem Pariser Klimagipfel

Zum Auftakt des Pariser Klimagipfels machten Tibet-Aktivistinnen auf die dramatischen Effekte der Klimaerwärmung auf dem tibetischen Hochplateau aufmerksam. Wegen seiner großen Gletschermassen, der drittgrößten nach Nord- und Südpol, wird Tibet auch als „Dritter Pol“ der Erde bezeichnet und ist gegenüber der globalen Erwärmung besonders exponiert. Mit Yangtze, dem Gelben Fluss,

Brahmaputra, Mekong und Salween entspringen hier einige der größten Flüsse der Erde. Chinesische Geologen haben über 46.000 Gletscher mit einer Gesamtfläche von rund 10.000 qkm erfasst. 80 Prozent davon haben sich durch die globale Erwärmung in den letzten Jahren verkleinert. Insgesamt hat sich ihre Fläche seit Mitte der 60-er Jahre um 6.600 qkm vermindert.

Die Abnahme der Gletscherfläche bedeutet, dass weniger Wärme reflektiert und mehr absorbiert wird, was das Auftauen des Permafrostbodens beschleunigt, der damit wiederum mehr Treibhausgas wie Kohlendioxid und Methan freisetzt. Die durchschnittliche jährliche Erwärmung auf dem tibetischen Plateau vollzieht sich derzeit etwa zweimal schneller als im Weltdurchschnitt.

Langfristig drohen Versteppung und Trockenheit mit Ausdehnung der Wüsten, wodurch der Boden weniger Kohlendioxid binden kann. Die Erosion durch verstärkte Regenfälle im Hochland beschleunigt die Versteppung, die zu stärkeren Sandstürmen bis in das chinesische Kernland führen wird.

Das tibetische Hochplateau beeinflusst in hohem Masse das Wohlergehen von Milliarden von Menschen nicht nur in China, sondern auch in den Anrainerstaaen wie Indien, Nepal, Bangladesh, Myanmar, Thailand, Laos, Kambodscha und Vietnam. Allein im dicht besiedelten Nordchina hängen über 300 Millionen Menschen vom Wasser aus dem Gelben Fluss ab und weitere 500 Millionen Menschen vom Wasser aus dem Yangtze. Ebenso drastisch werden die Folgen von periodischen Hochwassern oder langfristig sinkenden Wasserpegeln in den dicht besiedelten Flussdeltas der asiatischen Nachbarländer sein.



DR. UWE MEYA war Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzender der Tibet Initiative Deutschland e.V. Seit etwa 20 Jahren lebte er in der Schweiz, wo er ebenfalls in der Tibetarbeit aktiv ist. Er unterhält u.a. einen Informationsservice für die Schweizer Parlamentariergruppe für Tibet, aber auch für alle anderen interessierten Vereine und Individuen (meya@vtxmail.ch).